

## Bericht aus der Fraktionssitzung vom 22.01.2009

### **Änderung Bürgerrechtsgesetz**

Die SP-Fraktion hat sich bereits in der ersten Lesung gegen die Streichung der Gebührenerlassparagrafen gewehrt. Dementsprechend wird sie den Antrag der Alternativen Fraktion, dass in Härtefällen die geschuldeten Gebühren bis auf einen Fünftel erlassen werden können, unterstützen.

Keine Unterstützung finden dagegen der Antrag der SVP. Es leuchtet der SP Fraktion nicht ein, weshalb so viele Daten veröffentlicht werden müssen.

### **Gesetz über den Feuerschutz**

Die SP-Fraktion unterstützt den klärenden Antrag der Regierung.

### **Anträge des Verwaltungsgerichtes**

Die SP Fraktion unterstützt die Teilrevision der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtes, welche vorsieht, dass Rekurse gegen Steuererlassentscheide durch eine Einzelrichterin bzw. einen Einzelrichter beurteilt werden können. Ebenso unterstützt die Fraktion den Antrag des Verwaltungsgerichtes betreffend Schaffung eines dritten Hauptamts, um der gestiegenen Geschäftslast Rechnung zu tragen.

### **EG FamZG**

Angesichts der Tatsache, dass die obligatorische Schulzeit in der Regel mit erfülltem 16. Altersjahr endet und Jugendliche dann in die Ausbildung einsteigen, leuchtet es der SP-Fraktion nicht ein, weshalb die Ausbildungszulagen erst ab dem erfüllten 18. Altersjahr ausbezahlt werden sollen. Deshalb wird sie den Antrag stellen, dass diese bereits ab dem erfüllten 16. Altersjahr ausbezahlt werden soll.

Ansonsten unterstützt die SP-Fraktion der Vorlage. Sie begrüsst insbesondere den Lastenausgleich zwischen den Ausgleichskassen der verschiedenen Branchen.

### **Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat**

Die SP Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage. Sie unterstützt jedoch auch den Antrag der Stawiko, dass das Geschäft nochmals an die vorberatende Kommission zurückzuweisen.

Grundsätzlich steht die SP-Fraktion voll und ganz hinter dem Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat. Durch den Rückzug der IV und die Übertragung der sonderpädagogischen Aufgaben an die Kantone ist eine Regelungslücke entstanden, welche dringend geschlossen werden muss. Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat die Gelegenheit beim Schopf gepackt und ein Konkordat entworfen, welches einen gesamtschweizerischen Rahmen im Bereich der Sonderpädagogik schafft. Im Sonderpädagogik-Konkordat wird u.a. festgelegt, wer Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen hat und welches sonderpädagogische Grundangebot die Kantone alleine oder in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen zur Verfügung stellen müssen.

**Christina Huber Keiser, Kantonsrätin**

Den Antrag auf Befristung der 50%-Stelle für Sonderpädagogik auf drei Jahre wird die SP-Fraktion ablehnen. Mit dem Rückzug der IV aus der Sonderschulung fallen für den Kanton neue Aufgaben an, die nur dank zusätzlicher Ressourcen gemeistert werden können.

#### **Objektkredit für die Instandsetzung Oberrütibrücke**

Die SP-Fraktion anerkennt den dringenden Sanierungsbedarf der Oberrütibrücke und stimmt dem Objektkredit zu.

#### **Raumplanung und Stadttunnel Zug**

Die SP-Fraktion nimmt vom Bericht über den Stand der Raumplanung Kenntnis. Ebenso stimmt sie den Anpassungen des kantonalen Richtplanes zu. Sie SP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadttunnel langsam aber sicher ernsthaft diskutiert wird. Sie unterstützt das Anliegen, diesen in der Prioritätenliste vorzuziehen und begrüsst es, dass der Stadttunnel im Richtplan festgesetzt wird.

#### **Richtplan Kapitel E11 Abbau Steine und Erden**

In der Gemeinde Cham ist nach wie vor eine Motion zu diesem Thema hängig. Aus diesem Grund stellt die SP-Fraktion den Antrag, dieses Geschäft erst zu behandeln, wenn die Chamer Motion behandelt wurde.

Falls das Geschäft dennoch behandelt wird, wird die Fraktion den Antrag auf Nicht-Eintreten stellen. Beim Kiesabbau ist kein dringender Handlungsbedarf gegeben, zumal bis zum Jahr 2025 ausreichend Kiesreserven vorhanden sind. Es geht nicht an, dass hier ein Wunschkonzert für die Kieslobby veranstaltet wird.